



## **Verlässliche Agrarpolitik für eine bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland**

von Ilse Aigner

**Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Die Agrarminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die Kommission und das Europäische Parlament sind Ende Juni der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einen großen Schritt nähergekommen. Die Bundesregierung hat bis zuletzt hart verhandelt, um Planungssicherheit und Verlässlichkeit für eine starke bäuerliche, flächenbezogene Landwirtschaft in Deutschland zu gewährleisten. Nun steht die nationale Umsetzung der GAP-Beschlüsse an. Hier dürfen wir keine Zeit verlieren. Bund und Länder müssen jetzt über die Sommerpause gründlich und konzentriert arbeiten – abseits aller Wahltermine und der damit oft verbundenen Polemik.

Am 2. Juli hatte ich den Bundesländern mein Konzept für die nationale Ausgestaltung der GAP-Regelungen vorgelegt. Manche politischen Mitbewerber und Interessenvertreter haben jedoch mit Blick auf die anstehenden Wahltermine Vorwürfe erhoben, die zu Verunsicherung bei unseren Bauernfamilien führen können. Tatsache ist: Im Interesse der Bauernfamilien und der ländlichen Räume stärkt mein „Konzept zur nationalen Umsetzung“ vor allem die bäuerliche Landwirtschaft, die Milchviehhaltung mit Dauergrünland und die Bewirtschaftung in den von der Natur benachteiligten und schwierigen Regionen.

### **I) Direktzahlungen gesichert**

Ein Vorwurf, der immer wieder geäußert wird, lautet: Im Zeitraum von 2014 bis 2020 würden die Direktzahlungen für deutsche Betriebe zu stark gekürzt. Fakt ist, dass die finanzielle Ausstattung der GAP stabil bleibt. Die durchschnittlichen Kürzungen, die im Rahmen der allgemeinen Einsparungen zu erbringen sind, bewegen sich im einstelligen Prozent-Bereich. Trotz des enormen Spardrucks ist es uns gelungen, eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule zu sichern. Für die deutsche Landwirtschaft stehen weiterhin jährlich rund 5 Milliarden Euro an Direktzahlungen bereit. Das bedeutet, es gibt keine Förderlücken und keine Brüche, sondern es gibt finanzielle Planungssicherheit für unsere Landwirte in Deutschland. Was die Verteilung der Direktzahlungen unter den einzelnen Bundesländern angeht, ist Fakt, dass wir in Deutschland zu einer Angleichung kommen müssen. Fakt ist aber auch, dass dies nicht Folge der GAP-Reform, sondern Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2008 ist: Wir sind künftig zur Zahlung national einheitlicher Prämien verpflichtet. Vor diesem Hintergrund wollen wir in Deutschland nun schrittweise bis 2019 eine bundeseinheitliche Basisprämie für alle

förderfähigen Flächen einführen. Hiervon werden beispielsweise Länder wie Rheinland-Pfalz, Hessen oder Baden-Württemberg deutlich profitieren; andere Länder wie Bayern oder Niedersachsen verlieren. Dies gehört zur Ehrlichkeit in der Debatte dazu.

Bemerkenswert ist, dass manche Politiker, die sich über eine drohende Kürzung von Direktzahlungen in ihrem Bundesland beschwerten, zugleich die Forderung erheben, bis zu 15% der Mittel von den Direktzahlungen in die zweite Säule umzuverteilen. Eine solche Umschichtung der Mittel aus der ersten in die zweite Säule würde die Planungssicherheit – gerade auch vieler kleiner bäuerlicher Betriebe – massiv gefährden. Es ist nun einmal so, dass die Direktzahlungen aus der ersten Säule durchschnittlich rund 40% des Einkommens auf deutschen Höfen ausmachen. Mein Ziel ist und bleibt daher eine starke erste Säule ohne Brüche und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule, in der z.B. die Ausgleichszulage und die erfolgreichen Agrarumweltprogramme weiterhin ihren festen Platz haben. Nur damit haben alle landwirtschaftlichen Betriebe Planungssicherheit.

## **II) Vielfältige Agrarstruktur gesichert**

Ein zweiter Vorwurf lautet: Die Bundesregierung fördere zu wenig die bäuerliche Landwirtschaft und zu viel die Großbetriebe. Fakt ist: Mein Leitbild war, ist und bleibt die bäuerliche, flächengebundene Landwirtschaft. Ich will eine vielfältige Agrarstruktur mit allen Bewirtschaftungsformen – auch mit Weinbau, Zuckerrübenanbau oder Schafhaltung. Was ich nicht will, sind Agrarstrukturen, die von Großinvestoren geprägt sind. Ich setze vielmehr auf eine aktive bäuerliche Landwirtschaft. Deshalb nutzen wir bei der nationalen Umsetzung konsequent Spielräume zugunsten unserer bäuerlichen Betriebe: Ein Kernpunkt ist die zusätzliche Förderung der ersten Hektare landwirtschaftlicher Fläche, die insbesondere kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben zugutekommt. Ein weiterer Kernpunkt ist für mich die besondere Förderung der Landwirtschaft mit schwierigen natürlichen Bedingungen – größtenteils Grünlandflächen – und zwar bereits ab dem Jahr 2015. Das hilft unseren bäuerlichen Grünlandmilchbetrieben, den Übergang nach Auslaufen der Milchquote erfolgreich zu bewältigen, und sichert unsere Kulturlandschaft von der Küste bis zu den Alpen. Ich habe zudem eine Prämie für Rinder, Schafe und Ziegen in Berggebieten sowie auf kleinen Inseln vorgeschlagen, um auf diesen besonders gefährdeten und umweltsensiblen Standorten die Pflege der Landschaft durch eine extensive Tierhaltung zu unterstützen. Das ist unsere Politik für eine bäuerliche Landwirtschaft mit Zukunft und ein gutes Angebot für die Bund-Länder-Diskussion.

## **III) Umweltorientierung gesichert**

Ein dritter Vorwurf lautet: Die Umweltorientierung der deutschen Landwirtschaft werde nicht konsequent genug vorangetrieben. Fakt ist, dass heute schon rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen und z.B. Blühstreifen sähen. Auf rund einem Viertel aller Agrarflächen finden solche Beiträge im Rahmen der Agrarumweltprogramme der Länder statt. Diese Programme wie KULAP, MEKA oder PROFIL werden – entgegen der Behauptungen einzelner Verbände – auch weiterhin in der GAP gefördert. Dazu bekommen die Länder neue finanzielle Spielräume im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER). Von einem Abbau des Umfangs und der Möglichkeiten für solche Agrarumweltprogramme kann also keine Rede sein. Zudem dürfen wir

nicht vergessen, dass in Zukunft 30 Prozent der Direktzahlungen unmittelbar an zusätzliche Umwelanforderungen gebunden sein werden. Dies war eine Hauptforderung auch der grünen Landwirtschaftsminister. Eine pauschale Flächenstilllegung von 7 Prozent ist dagegen vom Tisch. Stattdessen werden künftig 5 Prozent der Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen festgelegt, auf denen die produktive Nutzung wie z.B. der Anbau stickstoffbindender Pflanzen möglich ist. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten mindestens 30% der ihnen zugewiesenen Fördermittel der 2. Säule für umweltbezogene Fördermaßnahmen (z. B. Agrarumweltmaßnahmen, Ökolandbau, Klimaschutzmaßnahmen und Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten) einsetzen. Das ist ein großer Erfolg für unsere bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland, die bereits heute beim Thema Umweltorientierung eine Spitzenposition in Europa hat.

#### **IV) Bekenntnis zur Förderung des ländlichen Raums in ganz Deutschland**

Das Konzept der Bundesregierung zur Umsetzung der GAP ist eine gute Grundlage, um die bäuerlichen, familiengeführten Höfe in ganz Deutschland zu stärken. Dagegen würden so manche andere Vorschläge gerade für die ostdeutschen Bundesländer drastische Absenkungen der dortigen EU-Förderung zur Folge haben. Ein gesamtdeutscher Kompromiss für eine zügige nationale Umsetzung der GAP würde so in weite Ferne rücken. Ich mache Politik für ganz Deutschland, bekenne mich insbesondere zur Strukturförderung des ländlichen Raums in Ostdeutschland und werde auch bei der Neuverteilung der ELER-Mittel auf eine gerechte Lösung achten.

#### **V) Zeitplan**

Das Europäische Parlament muss nun noch sowohl dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU als auch der inhaltlichen Neuausrichtung der GAP zustimmen. Dies wird voraussichtlich bis Ende Oktober geschehen, so dass dann die neuen Regelungen der GAP ab 2015 gelten können. In der Zwischenzeit können sich unsere Landwirte auf eine pünktliche Auszahlung ihrer Fördermittel durch Übergangsregelungen für das Jahr 2014 verlassen. Auch für die Fördermittel aus der zweiten Säule wird es entsprechende Übergangsregelungen geben. Was die nationale Umsetzung der GAP angeht, ist es mein Ziel, bei der nächsten Konferenz der Agrarminister von Bund und Ländern (AMK) vom 28. bis 30. August in Würzburg zu einer Einigung über die Eckpunkte der Umsetzung zu kommen. Insbesondere die Landesagrarminister der Grünen können dann beweisen, ob ihr Bekenntnis, die bäuerlichen Familienbetriebe in ganz Deutschland zu unterstützen, ernst gemeint ist.